

Christiane Reymann, 28. April 2021

Liebe Friedensfreundinnen und Friedensfreunde,

ich danke der Friko, dass sie zu dieser Veranstaltung aufgerufen und sie organisiert hat, und ich danke Euch, dass Ihr hier seid als Wächterinnen und Wächter der Demokratie und des Friedens. Wir gucken genau hin, was die Herrschenden tun, planen. Was sie verheimlichen wollen, bringen wir an die Öffentlichkeit.

Zum Beispiel, wie sie auch außerhalb von Krieg Tag für Tag in aller Welt Menschen töten. Gerade hat SIPRI die Zahlen zu den Rüstungsausgaben im vergangenen Jahr veröffentlicht. Deutschland ist Weltmeister mit einer Steigerung von 5,2 Prozent. Dann davon zu reden, dass deutsche Politik alles unternimmt, um Menschenleben zu schützen und zu retten, ist Zynismus pur. Denn Rüstung tötet schon im Frieden. Jeder Euro für die Rüstung wird Menschen vorenthalten, die an dreckigem Wasser, an Hunger und Armut, an vermeidbaren Krankheiten sterben. Jeder Euro für die Rüstung treibt Menschen in die Flucht vor Kriegen und Gewalt.

Angesichts des inzwischen beendeten Militärmanövers Russlands auf seinem eigenen Territorium wird uns gerade wieder einmal eingeredet, Russland bedrohe den Frieden in Europa und der Welt. Die Fakten sprechen eine andere Sprache. Laut SIPRI geben die USA elfmal so viel für Rüstung aus wie Russland. Dasselbe in Prozenten: Der russische Rüstungshaushalt beträgt weniger als acht Prozent des amerikanischen. Es ist das Pentagon, das 1.000 US-Militärstützpunkte unterhält, verteilt auf alle Kontinente. Russland hat 13 Militärstützpunkte außerhalb seiner Landesgrenzen, zwei in Syrien, die restlichen auf dem Territorium der ehemaligen Sowjetunion.

In den vergangenen Tagen haben wir mehrfach die Warnung vor einem Krieg aus Versehen gehört. Solange es Atomwaffen gibt, kann ein Missverständnis katastrophale Folgen haben. Doch selbst dann wäre das Missverständnis der Auslöser, aber nicht der Grund. Die Pläne für die nächsten Kriege liegen schon längst in der Schublade, die nächsten Kriege werden schon geprobt.

Mit dem US-Manöver Defender Europe 2020 haben die USA und ihre Verbündeten, einschließlich Bundeswehr, den Zugriff auf Russland über die Nordflanke geübt, mit Defender Europe 2021 den über die Südflanke. Zeitgleich bauen sie mit Defender Pacific 2021 eine Drohkulisse vor der chinesischen Küste auf. In Europa nehmen am US-Manöver derzeit 30.000 Soldaten aus 26 Ländern teil, unter ihnen Soldatinnen, Soldaten auch aus den Nicht-NATO-Staaten Ukraine und Georgien. Die beiden plus Weißrussland fehlen noch, damit Russland in seinem europäischen Teil fest von der NATO eingekreist ist.

Derweil verstärkt die Ukraine ihre militärischen Angriffe auf den Donbass, Präsident Selenskyi erlässt ein Dekret zur Rückeroberung der Krim und des Donbass mittels Krieg. Doch nicht gegenüber der Ukraine, sondern gegenüber Moskau fordert Außenminister Maas „ein geschlossenes Auftreten der NATO“.

Schon zu der Zeit, als Großbritannien noch ein großes Kolonialreich beherrschte, haben dessen Strategen vor einem Bündnis Deutschland-Russland gewarnt. Großbritannien hat zu jener Zeit die Meere beherrscht, eine große Kontinentalmacht hätte ihre Weltstellung

bedroht. Heute wollen US-Strategen ein solches Bündnis verhindern, es könnte ihrer Macht Grenzen setzen. Damals haben die Briten die Strategie eines Intermarium verfolgt. Darunter verstanden sie einen breiten Gürtel aus einzelnen Staaten von der Ostsee bis zum Schwarzen Meer, der Deutschland und Russland voneinander trennen sollte. Heute hat sich auf dem gleichen Raum die Drei-Meere-Initiative gebildet, mitgezählt wird außer Ostsee und Schwarzem Meer noch die Adria. Mitglieder der Drei-Meere-Initiative sind Estland, Lettland, Litauen, Polen, Bulgarien, Rumänien, Tschechien, die Slowakei, Ungarn, Österreich, Kroatien und Slowenien. Mit einem eigenen Investitionsfonds von einer Milliarde Euro wollen diese zwölf mittel- und osteuropäischen Mitglieder der Europäischen Union die Infrastruktur in ihrem Bereich fördern. Klingt harmlos. Doch schon sitzen die USA mit am Tisch. Deren Regierung hat nicht in erster Linie Infrastruktur, sondern Geopolitik im Sinn, wenn sie aktuell 300 Millionen Dollar zusätzlich in den Investitionsfonds hineinwirft und insgesamt eine Milliarde in Aussicht stellt. Das Geld ist aus Sicht Washingtons ein Prellbock zwischen Deutschland und Russland wert – zumal, wenn gleichzeitig die Infrastruktur in ihrem Aufmarschgebiet gegen Russland verbessert wird.

2010 schlugen Wladimir Putin wie auch Dmitri Medwedjew als Präsident bzw. Regierungschef der NATO und der EU vor, einen gemeinsamen Raum für Wirtschaft und Sicherheit von Lissabon bis Wladiwostok zu schaffen. Die Vision der einen wurde zum Schreckgespenst der anderen. Seitdem versuchen alle US-Regierungen ein eurasisches Projekt zu verhindern. Das ist es, was sie treibt. Und das ist auch der Hintergrund für alle Konflikte an den Rändern Russlands. Nehmen wir die Krim-Frage:

Dazu gibt es unterschiedliche bis gegensätzliche Positionen: Die einen sprechen von Annexion durch Russland, also die nicht einvernehmlich vollzogene „Einverleibung“, die anderen reden von Sezession, also die im Selbstbestimmungsrecht der Bevölkerung vollzogene Lostrennung von der Ukraine. Die beiden Positionen sind so weit auseinander, man kann so schnell nicht auf einen Nenner kommen. Aber deshalb nur noch sprachlos Sanktionen verhängen oder gar Krieg führen?

In dieser Frage können wir von Willy Brandt und Egon Bahr lernen. Als es noch zwei deutsche Staaten gab, folgte die Bonner Außenpolitik der Hallstein-Doktrin. Die hieß: Wer die DDR völkerrechtlich anerkennt, kann mit Westdeutschland keine guten Beziehungen haben. Als der Alleinvertretungsanspruch in den sechziger Jahren nicht mehr zu halten war, fanden Bahr und Brandt den Ausweg, in Verträge mit Staaten, die diplomatische Beziehungen auch mit der DDR unterhielten, den Gedanken einzubauen: Zum völkerrechtlichen Status der DDR haben beide Seiten unterschiedliche Ansichten; eingedenk dessen vereinbarten sie... und dann wurde das je konkrete Feld der Zusammenarbeit formuliert in den Bereichen Sport oder Wissenschaft, Wirtschaft und so weiter. So könnte man auch in der Krim-Frage die Kuh vom Eis kriegen – wenn man das will. Es ist doch jedem klar: Kein russischer Präsident wird zulassen, dass die Krim wieder ukrainisch wird, solange auch nur der Hauch einer Chance besteht, dass ein US-amerikanischer General von Sewastopol aus eine Schwarzmeerflotte der NATO lenkt.

Genau das spricht der russische Präsident in bislang ungewohnt klaren Worten an, wenn er vor einer roten Linie warnt, die besser nicht überschritten wird. Der Westen macht daraus eine „Drohung“ Putins. So dreht sich die Spirale der Eskalation weiter. Und die Bundesregierung sichert jenem Präsidenten Selenskyi Unterstützung zu, der mit seinem

Dekret 117 vom 24. März die militärische Zurückeroberung der Krim und des Donbass eingeleitet hat.

Damit verletzt die Bundesregierung zugleich ihre Pflichten aus dem Minsker Abkommen. Als Signaturmacht hat sie sich verpflichtet, den dort vereinbarten Weg zu einer Lösung der Konflikte vermittelnd zu unterstützen. Das tut sie ausgesprochen nicht. Das von der UNO-Vollversammlung bestätigte Minsker Abkommen bleibt aber der einzige Weg zu einer friedlichen Konfliktlösung.

Wir stehen zeitlich kurz vor dem 80. Jahrestag des Überfalls Hitlerdeutschlands auf die Sowjetunion und dem 76. Jahrestag der Befreiung. In die Zeitspanne zwischen dem 22. Juni 1942 und dem 8. Mai 1945 verloren 27 Millionen Menschen aus den Ländern der Sowjetunion ihr Leben im von Deutschland angezettelten Vernichtungskrieg, ebenfalls von Deutschen wurden sechs Millionen Jüdinnen und Juden ermordet, aus aktuellem Anlass erinnere ich auch an die 20 Millionen Chinesen, in ihrer Mehrheit Zivilisten, die auf das Konto des mit Hitlerdeutschland durch den Kominternpakt verbundenen japanischen Imperialismus gehen. Sieben Millionen Deutsche verloren ihr Leben im und durch den Krieg.

In diesem Jahr werden, wie im letzten, Feierlichkeiten zum Jahrestag der Befreiung wegen Corona ausgefallen. Vielleicht bleiben uns dadurch weitere Peinlichkeiten erspart, wie sie die Bundesregierung zum 70. Jahrestag leistete. Ausgerechnet am 9. Mai, dem Tag des Sieges in den Ländern der ehemaligen Sowjetunion, lud die damalige Bundesverteidigungsministerin Ursula von der Leyen in Berlin zum Ball des Heeres unter dem Motto: Alles Walzer.

Wir wollen aber keine Heere, auch keine tanzenden, wir wollen Frieden.